

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit = Revue suisse de travail social
Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziale Arbeit
Band: - (2018)
Heft: 23

Artikel: Nichts geht ohne Jugendpartizipation - aber welche Erwartungen werden damit eigentlich verknüpft?
Autor: Reutlinger, Christian / Wigger, Annegret / Reiner, Julia
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-832433>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Christian Reutlinger, Annegret Wigger und Julia Reiner

Nichts geht ohne Jugendpartizipation – aber welche Erwartungen werden damit eigentlich verknüpft?

Zusammenfassung

Mit dem totalrevidierten Kinder- und Jugendförderungsgesetz von 2011/2013 verfolgt der Bund eine möglichst breitflächige Förderung von Kinder- und Jugendpartizipation. Der vorliegende Artikel beschäftigt sich mit der Frage, welche Partizipationsvorstellungen in die Strategie der Kinder- und Jugendpolitik eingeflossen sind und wie sich diese direkt oder indirekt in der Offenen Jugendarbeit manifestieren. Auf Grundlage einer kritischen Diskursanalyse von Schlüsseltexten der nationalen Jugendpolitik werden zentrale Partizipationsvorstellungen herausgearbeitet. In einem zweiten Teil werden entlang von Expertinnen und Experten-Interviews das Selbstverständnis und die Praxis der Offenen Jugendarbeit am Beispiel der Stadt Zürich beleuchtet. Abschliessend wird der Zusammenhang zwischen dem jugendpolitischen Diskurs und dem professionellen Selbstverständnis hergestellt.

Ausgangslage und Erkenntnisinteresse

Wir kreieren keine Angebote und stellen sie ihnen [den Jugendlichen] zur Verfügung und darum ist unsere Arbeit sehr eng verwoben mit der Partizipation, also auch mit der Förderung der Mitwirkung. (...) Das ist bei uns ganz zentral –, ohne Mitwirkung kein Angebot (...). (Jugendarbeiterin aus Zürich)¹

Partizipation – so illustriert das Zitat – scheint in der Offenen Jugendarbeit ein zentrales Arbeitsprinzip darzustellen. Partizipation wird hier mit der Mitwirkung Jugendlicher an Angeboten der Offenen Jugendarbeit gleichgesetzt – was einen charakteristischen Aspekt im derzeitigen Kanon unterschiedlicher Verständnisse von Partizipation im Jugendarbeitsdiskurs betont. Versucht man, diesen Aspekt genauer in den Fachdiskurs einzuordnen, so überrascht erst einmal, wie diffus und vieldeutig der Partizi-

pationsdiskurs hinsichtlich Begrifflichkeiten, Konzeption(en), angesprochenen Ebenen oder methodischen Konsequenzen daherkommt (vgl. zum Überblick Betz et al. 2011, Rieker et al. 2016a). In ihrer Rekonstruktion aktuell verwandter begrifflicher Differenzierungen und deren unterschiedlichen Qualitäten unterscheiden Rieker et al. graduell «zwischen *Mitsprache* (die von Zuhören bis Angehörtwerden reichen kann), *Mitwirkung* (d.h. Beteiligung bei der Umsetzung) und *Mitentscheiden*» (2016b, S. 3, Herv. d. Verf.). Betrachtet man den engeren Prozess, wie Individuen in Entscheidungen und bei der Bildung und Durchsetzung ihres Willens eingebunden werden (vgl. Reichenbach 2016, S. 232 ff.), werden strukturell-gesellschaftliche Beteiligungsaspekte bedeutsam. Schnurr unterscheidet diesbezüglich zwischen «*Teilhabe*», d.h. der Beteiligung «an politischen Beratungen und Entscheidungen» (2001, S. 1330) und «*Teilnahme*», d.h. der Beteiligung an «Politikresultaten, etwa im Sinne von Partizipation an Freiheit, gesellschaftlicher Macht, Reichtum, Wohlstand und Sicherheit» (ebd.). Subjektorientierte Ansätze Offener Jugendarbeit knüpfen an diese Vorstellungen an und sehen ihre Aufgabe darin, Kinder und Jugendliche «bei der Realisierung eines möglichst selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und politische Beteiligungschancen ergreifenden Lebens zu unterstützen» (Scherr 2013, S. 300). Als Strukturprinzip der pädagogischen Arbeit formuliert Scherr deshalb unter anderem die Schaffung von «Erfahrungen der Teilhabe an egalitären Entscheidungsstrukturen, in denen eigene Überzeugungen dargelegt und als motivierte und begründete Stellungnahmen respektiert werden (z. B. in Gruppendiskussionen)» sowie «Empowerment und Erarbeitung eines Wissens über die grundlegenden eigenen Rechte, z. B. durch Menschenrechtsbildung» (ebd., S. 304). Einen ähnlichen Standpunkt vertritt Sturzenhecker. Er begreift die Offene Jugendarbeit als politisches Bildungsprojekt, bei dem «sich Kinder und Jugendliche als Subjekte (Selbstbestimmung) politischen Handelns (gesell. Mitverantwortung) erfahren und sich politisch-demokratisches Handeln, Mitentscheiden und Mitverantworten aneignen» sollen (2013, S. 439).

Das im Eingangsstatement formulierte Verständnis von Partizipation und die daraus hervorgehende professionelle Haltung der Jugendarbeiterin zielen nun nicht auf dieses kritische Verständnis von Subjektwerdung. Vielmehr geht daraus hervor, dass nicht die Jugendlichen auf Mitwirkung bestehen, sondern die Jugendarbeiterin die Mitwirkung der Jugendlichen zur Bedingung für die Nutzung von Angeboten macht und damit eine bestimmte professionelle Haltung markiert. Da stellt sich die Frage, ob oder inwieweit die Haltung der Jugendarbeiterin eine bestimmte

Reaktion auf den vermeintlich festgestellten Befund, die Partizipationsbereitschaft Jugendlicher in sozialen wie politischen Kontexten würde stetig abnehmen, darstellt. Konkret werden beispielsweise niedrige Wahlbeteiligungsabsichten (z.B. Eurobarometer 2013) oder schwindendes Politikinteresse bei jungen Menschen festgestellt (überblicksartig hierzu z.B. Burdewick 2003, 19f). Andere Forschungsbefunde zeigen allerdings, dass Jugendliche durchaus gesellschaftspolitisch interessiert sind (vgl. ebd.), jedoch «offene, informelle und aktionsgebundene Formen der Partizipation» (Schwanenflügel 2015, S. 16) präferieren – Formen, die nicht der Partizipation im «klassischen» Sinne zugerechnet werden (vgl. ebd.). Ausserdem wird in den Umfragen der Blick häufig nur auf die Beteiligung in klassisch politischen Feldern gerichtet und dabei übersehen, dass sich junge Menschen in anderen Bereichen wie zum Beispiel in kulturellen Initiativen oder der Freiwilligenarbeit engagieren. So kommen auch Rieker et al. (2016b) in ihrer jüngsten Studie zur Partizipation in der Schweiz zum Schluss, dass sich Kinder und Jugendliche in ihren unmittelbaren Lebensbereichen, wie Schule, Familie oder Gemeinde, auf vielfältige Weise einbringen und zwar in grösserem Ausmass als noch vor zehn Jahren. Gleichzeitig formulieren sie für den Bereich der Offenen Jugendarbeit, dass der «Partizipationsboom (...) mit hohen, gleichzeitig aber (un)gewissen Erwartungen einhergeht. Meist bleibt unklar, warum, inwieweit und wann Partizipation von Kindern und Jugendlichen erwünscht und sinnvoll ist» (ebd., S. 7).

Unabhängig davon, wie man den aktuellen Grad an Partizipation Jugendlicher einschätzt, ist es unbestritten, dass seit der autonomen Jugendbewegung der Schweiz in den 1980er Jahren (vgl. Hänni 1981) Forderungen nach vermehrten Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Jugendlichen bzw. Kindern die Jugendpolitik der Schweiz prägen. So «wurde der Grundsatz der Partizipation als politische Beteiligungsmöglichkeit vom Bundesrat bereits 1987 in seiner Botschaft über die Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit aufgenommen» (Vollmer 2008, S. 123). Nach Schnurr schliesst Kinder- und Jugendpolitik «die Bereitstellung von Gelegenheiten zur Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an politischen Beratungen und Entscheidungen» (2014, o. S.) zwar ein, ohne diese jedoch zwingend vorauszusetzen. Dabei zeigt sich auch in der Schweiz, dass die Jugendpolitik, speziell die Jugendförderung des letzten Jahrzehnts, unter anderem von der Auseinandersetzung dominiert wurde, wieviel Politik *mit* Kindern und Jugendlichen oder aber *für* Kinder und

Jugendliche gemacht werden sollte – also welche Bedeutung der Partizipation in diesen Kontexten beigemessen werden sollte (ebd.).

In den Jahren 2000 und 2001 wurde der Bundesrat durch verschiedene parlamentarische Vorstösse aufgefordert, ein neues «Rahmengesetz für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik» (vgl. Postulat² Janiak³) zu schaffen sowie eine «bessere politische Beteiligung von Jugendlichen» (vgl. Postulat Wyss⁴) zu ermöglichen. Im Rahmen des politischen Prozesses verabschiedete der Bundesrat 2008 seine «Strategie für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik» und entschied, anstelle eines neuen Gesetzes das bestehende Jugendförderungsgesetz (JFG) aus dem Jahr 1991 total zu revidieren. In dem neuen Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG) von 2013 wurde der Offenen Kinder- und Jugendarbeit neben den traditionellen Jugendverbänden eine wichtige Rolle in der Förderung von Kindern und Jugendlichen zugesprochen, die von den traditionellen Jugendverbänden kaum mehr angesprochen wurden (vgl. Gutmann/Gerodetti 2013; Schnurr 2014). Gekoppelt ist die Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit an die Erwartung, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen insbesondere für Anliegen zu fördern, welche lokale Belange von Gemeinden und Städten betreffen. Aber welche Vorstellungen von Partizipation sind der jugendpolitischen Strategie des Bundesrates und dem darauf basierenden neuen Kinder- und Jugendförderungsgesetz unterlegt? Inwieweit fließen diese direkt oder vermittelt in die Praxis der Kinder- und Jugendarbeit⁵ ein? Durch die Auseinandersetzung mit diesen Fragestellungen möchte der vorliegende Artikel zu einem besseren Verständnis der Partizipationsvorstellungen auf der Ebene der Jugendpolitik des Bundes und der Ebene der Offenen Kinder- und Jugendarbeit beitragen – und damit auch einen kritischen Diskurs über mögliche Einschränkungen und Konsequenzen für die Praxis ermöglichen.

Dafür wurde im Rahmen des “Partispace”-Projektes (vgl. Endnote 1) eine Kritische Diskursanalyse⁶ von politischen Schlüsseltexten durchgeführt. Textauswahl und Ergebnisse werden in Kapitel 2 näher erläutert. Welche Anforderungen sich aus Sicht der Jugendarbeit mit Blick auf eine partizipative Praxis stellen, wird in Kapitel 3 auf Basis von Expertinnen- und Expertengesprächen und Gruppendiskussionen erörtert. Abschliessend wird in Kapitel 4 der Zusammenhang zwischen jugendpolitischen Partizipationsvorstellungen und der partizipativen Praxis in der Jugendarbeit am Beispiel von Zürich aufgezeigt.

Partizipationsdiskurse in der nationalen Jugendpolitik

Textauswahl für die Diskursanalyse

Für die Diskursanalyse wurden Texte ausgewählt, die einerseits die unterschiedlichen Positionen zur Neubestimmung der nationalen Jugendförderung spiegeln, bei der Totalrevision des KJFG eine wichtige Rolle spielten oder die sich andererseits explizit mit Partizipationsforderungen auseinandersetzen. Bei der Recherche liess sich allerdings kein Text finden, der Stellungnahmen von Kindern oder Jugendlichen zu dieser Thematik wiedergibt. Folgende Texte waren Bestandteil der Diskursanalyse:

- › der Experteninnen- und Expertenbericht «Kinder- und Jugendpolitik im Kontext von Generationenpolitik» von Kurt Lüscher (2008), der sich mit Partizipation im Kontext von Generationenpolitik und Generationenverhältnissen auseinandersetzt;
- › der Expertinnen- und Expertenbericht «Partizipation von Kindern und Jugendlichen» von Thomas Vollmer (2008), der sich unter anderem mit Inhalten, Feldern und Formen von Kinder- und Jugendpartizipation beschäftigt;
- › der vom Bundesrat (2008) verabschiedete Bericht «Strategie für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik», in dem die Schweizer Regierung aufzeigt, was sie unter dem Begriff Kinder- und Jugendpolitik subsumiert und welche Aufgabenteilung zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteurinnen und Akteuren sowie zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden sie als sinnvoll erachtet;
- › das totalrevidierte Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG) von 2011 (Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft 2011);
- › der Beitrag «Das Recht auf Gehör und Partizipation als Grundsatz: Eine neue demokratische Dynamik!» von Jean Zermatten (2011) im Bericht «Kindern zuhören» der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ), der sich mit Partizipation aus Sicht der UN-Kinderrechtskonvention beschäftigt sowie
- › der 2014 beim UN-Ausschuss eingereichte zweite und dritte NGO-Bericht des Netzwerks Kinderrechte⁷, der sich unter anderem mit dem aktuellen Stand der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz auseinandersetzt.

Vokabular, Begründungslinien und Umsetzung von Partizipation

Die genannten Texte wurden in Bezug auf ihr verwendetes Vokabular, auf die deklarierten Ziele bzw. Begründungen sowie auf Bedingungen und Voraussetzungen von Partizipation analysiert und es wurde geprüft, welche der politisch diskutierten Massnahmen tatsächlich umgesetzt wurden.⁸ Die vorgenommene Diskursanalyse zeigt ein facettenreiches Bild von Partizipation, das hier gebündelt wiedergegeben wird.

In allen Texten werden die Begriffe *Teilhabe*, *Teilnahme*, *Mitwirkung* und *Beteiligung* an Planungs-, Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen mehr oder weniger synonym verwendet. Auffallend häufig werden Forderungen nach Beteiligung bzw. Mitwirkung vom Adjektiv «aktiv» begleitet. Die Benutzung des Adjektivs «aktiv» scheint darauf hinzuweisen, dass auch «passive» Formen von Teilhabe und Teilnahme möglich sind, aber nicht erwünscht oder zumindest nicht von Interesse sind. Mit anderen Worten, die in den Texten erläuterten Partizipationsforderungen sind mit normativen Orientierungen von gewünschter und damit «richtiger» und nicht gewünschter, also «falscher» Partizipation unterlegt. Der Auftrag der Jugendförderung und damit auch der ausserschulischen Jugendarbeit, so könnte man sagen, ist es, Kinder und Jugendliche zu aktivieren, sich an der Gestaltung von jugendspezifischen Angeboten zu beteiligen und nicht einfach «nur» teilzunehmen. Um diesen Auftrag, der im Rahmen des Schweizer Systems den Gemeinden und Kantonen zugeordnet ist, zu unterstützen, ist der Bund bereit, Gelder für Trägerschaften der Jugendarbeit (vgl. Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft 2011, Art. 7) sowie für Modellvorhaben und Partizipationsprojekte von gesamtschweizerischer Bedeutung (vgl. ebd., Art. 8) zur Verfügung zu stellen. Interessant an den verschiedenen Texten ist darüber hinaus, dass Kinder und Jugendliche sozusagen grammatikalisch nur als *Objekte der Partizipation* vorkommen. Diese grammatikalische Form widerspiegelt die passive Rolle der Kinder und Jugendlichen im Gesetzgebungsverfahren des KJFG. Denn diese wurden zu keinem Zeitpunkt direkt in das Verfahren involviert. So taucht in keinem der Texte die Frage auf, bei welchen gesellschaftlichen Inhalten Kinder und Jugendliche tatsächlich mitgestalten bzw. mitentscheiden *möchten*. Stattdessen wird durchgängig von Expertinnen und Experten, Politikerinnen und Politikern, Verwaltungspersonen sowie Delegierten der Jugendverbände bzw. Jugendarbeit formuliert, was unter Partizipation zu verstehen ist, in welchen Feldern diese stattfindet und wieviele Entscheidungsrechte Kindern und Jugendlichen maximal gewährt werden sollen.

An das Mass an Partizipation, das Kindern und Jugendlichen zu gewähren sei, werden je nach Standpunkt der Expertinnen und Experten unterschiedliche Voraussetzungen und Bedingungen geknüpft. Während Zermatten (2011, S. 15) auf die wichtige Voraussetzung der Zugänge zu Information für Meinungsäusserung und Meinungsbildung von Kindern und Jugendlichen verweist, machen andere Autorinnen und Autoren persönliche Kompetenzen zur Bedingung für die Beteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen. Zum Beispiel ist es aus Sicht von Lüscher (2008, S. 14–15) für eine tatsächliche Mitbestimmung an kollektiven Angelegenheiten unerlässlich, dass Kinder und Jugendliche in der Lage sind, ihre eigenen Interessen gegenüber den Interessen anderer abwägen und «anerkannte Begründungen» (ebd.) für die Durchsetzung eigener Interessen einbringen zu können. Diese Kompetenz wird, aus entwicklungspsychologischen Überlegungen heraus, Kindern unter 12 Jahren in der Regel abgesprochen (vgl. Betzler 2011). Man kann sich allerdings kritisch fragen, wer mit welchen Mitteln entscheidet, ob bzw. inwieweit generell alle Erwachsenen über die hier geforderte persönliche Kompetenz verfügen.

Eine strukturelle Bedingung für die aktive Teilnahme am Planen und Mitentscheiden an «gemeinwesenbezogenen» Angelegenheiten erläutert Vollmer (2008). Für ihn ist die politische Mitwirkung an die «Einhaltung demokratischer Regeln sowie an die Beteiligung legitimierter öffentlicher und politischer Akteure gebunden» (vgl. ebd., S. 123). Daher sieht er aufgrund der bestehenden Rechtssetzung eine Erweiterung der Mitgestaltung von Kindern und Jugendlichen primär in Informations- und Meinungsbildungsprozessen, aber nicht in politischen Entscheidungsprozessen. Mit anderen Worten müssten Kindern und Jugendlichen nach Vollmer (2008) für eine Erweiterung von Entscheidungskompetenzen im politischen Feld zuerst im Gesetzgebungsverfahren erweiterte politische Rechte zugesprochen werden. Partizipation liesse sich in dieser Lesart als eine Art «Vorzone» politischer Beteiligung verstehen, indem zum Beispiel Kommunen Kindern und Jugendlichen in bestimmten Fragen eine gewisse Mitsprache gewähren.

Als besonders wichtig wird die Rolle der Akteure vor Ort, insbesondere der Jugend- und Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, erachtet. Diese übernehmen eine unverzichtbare Rolle, indem sie als Kontaktpersonen Kinder und Jugendliche über die von den Behörden initiierten Programme informieren, sie bei der Verwirklichung von Projekten und Initiativen begleiten und zur Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse beitragen. (Vollmer 2008, S. 134)

Die Umverteilung von Macht – so zeigt der unter Erwachsenen geführte Partizipationsdiskurs – lässt sich in dieser Lesart als ein Top-down-Akt begreifen, ein Gewähren von mehr Mitsprache und Mitmachen, ohne diese Mitsprache oder Mitwirkung rechtlich zu verbriefen. Partizipationsforderungen stellen vor diesem Hintergrund einen Appell an die für Jugendpolitik und Jugendarbeit verantwortlichen Akteurinnen und Akteure dar, Kindern und Jugendlichen möglichst viel Mitsprache und Mitgestaltung im Sozialisationskontext zu ermöglichen, ohne die rechtlich fixierten Machtverhältnisse zwischen den Generationen in Frage zu stellen bzw. zu verändern. Mit der Fokussierung auf lokale Themen, an denen sich junge Menschen beteiligen sollen, wird der Nahraum als vorgelagerte Sphäre zur grossen Welt zementiert. Hinzu kommt ein räumliches Problem, welches insbesondere institutionalisierten Formen der Beteiligung unterliegt: Partizipation soll an vorgegebenen Orten und Zeiten, also in bestimmten «Partizipationsgefässen» (wie z. B. dem Jugendparlament), stattfinden. Beides – sowohl die vorgelagerte Welt im Nahraum wie auch die hochschwellig strukturierten Partizipationsgefässe – führt dazu, dass andere Engagements von Kindern und Jugendlichen gar nicht sichtbar werden (vgl. Reutlinger 2005).

Innerhalb der analysierten Texte kann man textübergreifend folgende Argumentationslinien für Partizipationsanstrengungen identifizieren:

- › Sowohl in den Expertenberichten (Lüscher 2008; Vollmer 2008) als auch im jugendpolitischen Strategiebericht wird am häufigsten das *Ziel des mündigen Staatsbürgers, der mündigen Staatsbürgerin* angeführt. Es scheint ein Konsens darüber zu bestehen, dass Kinder sich nicht von selbst zu mündigen Staatsbürgern und -bürgerinnen entwickeln, sondern dass diese Rolle eingeübt und auch attraktiv gestaltet werden muss. Hier schreiben die Expertinnen und Experten den Sozialisationsagenturen, speziell der Jugendarbeit in ihren beiden Spielarten (Verbands- und Offene Jugendarbeit), eine besondere Rolle zu. Die Mitgestaltung und Mitwirkung im Rahmen von Freizeitaktivitäten im Nahraum scheint für diese Einübung ein besonders geeignetes Lernfeld zu sein. Diese Sichtweise zeigt sich in der finanziellen Unterstützung der Jugendarbeit durch den Bund sowie in den finanziellen Anreizen für die Durchführung von Partizipationsprojekten.
- › Ein zweiter Aspekt, der bei den Argumentationslinien eine Rolle spielt, ist der durch Migrationsbewegungen entstandene *gesellschaftspolitische Integrationsdruck*. Partizipative kommunale

Angebote können nach Ansicht der Expertinnen und Experten gerade für benachteiligte Kinder und Jugendliche eine Chance bieten, sich schon in jungen Jahren mit der Schweiz zu identifizieren. Denn, so die Argumentation, Möglichkeiten des Teilnehmens erzeugen über Erfahrungen der Zugehörigkeit Identifikationsmöglichkeiten, gerade auch für Gruppen, die aufgrund einer fehlenden Schweizer Staatsbürgerschaft keine formale Zugehörigkeit haben.

- › Mit dieser Zielsetzung ist die *Legitimationsfrage* eng verknüpft. Beteiligung im Sinne des frühen Einbezugs in Meinungsbildung und Entscheidungsprozesse bietet Möglichkeiten, auf eine wahrgenommene Legitimationskrise zu reagieren und gleichzeitig staatliches Handeln effizienter und effektiver zu gestalten. So werden partizipative Angebote als Möglichkeit betrachtet, potentielle Konflikte zu vermeiden oder die Akzeptanz von staatlichen Angeboten zu erhöhen.
- › Die Expertinnen und Experten, die sich primär auf die UN-Kinderrechtskonvention (KRK) beziehen, unterstreichen demgegenüber die Forderung, dass *Kinder als Rechtssubjekte* anzuerkennen sind und sich aus diesem veränderten Status klare Rechte ableiten, wie z.B. das Anhörungsrecht in allen staatlichen Verfahren. In dieser Begründungslinie geht es in erster Linie darum, den Kinderrechten in den verschiedenen Politikfeldern und insbesondere in der Jugendhilfe sowie der Jugendarbeit Beachtung zu verschaffen, da die Schweiz die KRK zwar bereits seit 1997 ratifiziert hat, die Mitwirkungsrechte den Kindern und Jugendlichen jedoch immer noch viel zu selten gewährt werden (vgl. Wigger/Stanic 2012).
- › Schliesslich findet sich die pädagogisch-entwicklungspsychologische Argumentation, bei der davon ausgegangen wird, dass *partizipative Angebote einen Erfahrungsraum* darstellen, in dem Kinder und Jugendliche sowohl öffentliche Formen der Anerkennung als auch individuelle Selbstwirksamkeit erleben, die das eigene Selbstvertrauen stärken.

In den hier aufgezeigten Überlegungen zur Bedeutung von Partizipation fällt auf, dass die Forderungen nach erweiterter Partizipation auf den ausserschulischen Bereich begrenzt bleiben und damit weitgehend in den kommunalen Zuständigkeitsbereich fallen. Wenn man in Anlehnung an Schnurr «Partizipation im vollen Sinn [als, Anm. d. Verf.] *Teilnahme* und *Teilhabe* an den sozialen, politischen und ökonomischen Prozessen einer

Gesellschaft in Freiheit» (2018, S. 633) versteht, dann wird im ausserschulischen Bereich in erster Linie eine stärkere *Teilnahme* von Jugendlichen gefordert, sei es im Sinne von Mitwirkung an Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen, sei es als blosser Beteiligung an Aktivitäten ohne tatsächliche Chance auf die Beeinflussung von Entscheidungen. Die Welt der Schule wird zwar als zusätzliches Feld erweiterter Partizipation in den Expertenberichten angeführt, jedoch weder im Rahmen des KJFG noch im jugendpolitischen Strategiebericht berücksichtigt.⁹

Prägende Grundsätze der Jugendpolitik

Welche Vorstellungen erweiterter Partizipation sich im politischen Diskurs durchsetzen konnten, zeigt sich konkret an den vom Parlament und Bundesrat beschlossenen bzw. verworfenen Massnahmen. Konkret lehnte es der Bundesrat mit Verweis auf die kantonalen Zuständigkeiten ab, ein eigenständiges Kinder- und Jugendgesetz, das alle Lebensbereiche regelt, zu lancieren (vgl. Bundesrat 2008). Ausserdem wurden Anträge des Netzwerkes Kinderrechte (2014, S. 20) zur Erweiterung verbindlicher Mitspracherechte, zum Beispiel durch ein gesetzlich verankertes Antragsrecht der Eidgenössischen Jugendsession, vom Parlament zurückgewiesen. Auch wurden Vorschläge zur Installierung einer partizipativen Struktur vom für Kinder- und Jugendpolitik¹⁰ zuständigen Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) zu Gunsten unverbindlicherer Formen, wie z. B. der regelmässigen Durchführung eines Jugendgipfels, abgelehnt. Demnach bleibt es im Ermessen einzelner Verwaltungseinheiten, ob und wie sie die Interessen von Kindern und Jugendlichen miteinbeziehen.

Auch die von einzelnen Expertinnen und Experten erhobene Forderung, dass der Bund in den Feldern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (vgl. Lüscher 2008, S. 17), der Schule sowie im Pflegekinderwesen verbindlichere Standards für die kantonale Umsetzung der Kinderrechte vorgeben müsse (vgl. Netzwerk Kinderrechte 2014, S. 19–20), fand keine parlamentarischen Mehrheiten. Dies, obwohl die Leitlinie des Europarates, deren Mitglied die Schweiz ist, für eine kindgerechte Justiz sowie nationale Ausbildungsprogramme für Gerichte, Verwaltung und Kindesverfahrensvertretende (vgl. ebd., S. 20) kantonal bisher kaum wahrgenommen wurde.

Der von verschiedenen politischen Kräften geforderten erweiterten Mitsprache und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in der Ausarbeitung politischer Strategien wurde vom Bundesrat und Parlament nur insoweit Rechnung getragen, als dass im totalrevidierten KJFG erstens die finanzielle Förderung der Offenen Jugendarbeit, neu zur bestehenden

Unterstützung der Verbandsarbeit hinzukommend, im Gesetz verankert wurde. Darüber hinaus übernimmt der Bund zweitens neu gewisse Koordinationsaufgaben im Feld der Jugendpolitik und Jugendarbeit. Drittens schafft der Bund gesetzliche Anreize zur gezielten Förderung von lokalen und regionalen Partizipationsprojekten. Schliesslich wird viertens die bereits bestehende Eidgenössische Kinder- und Jugendkommission (EKJK) als beratendes Fachgremium des Bundesrates gestärkt, indem neu ein Drittel der Sitze mit Kommissionsmitgliedern unter 30 Jahren zu besetzen sind (vgl. Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft 2011, Art. 22).

Die abgelehnten sowie die vom Bund beschlossenen und delegierten Fördermassnahmen zur Stärkung von Partizipation legen nahe, dass *die tatsächliche Erweiterung der Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen auf bundespolitischer Ebene keinen grossen Stellenwert hat*. Abgestützt auf das föderale System wird die Verantwortung für eine tatsächliche Stärkung der Partizipation weitgehend den Kommunen und Kantonen überlassen, zumal auf nationaler Ebene keine inhaltlichen Vorgaben für die kantonale Jugendpolitik gemacht worden sind. Daher lassen sich in der Schweiz 26 verschiedene Spielarten von Kinder- und Jugendförderung finden, in denen die traditionellen Jugendverbände sowie die Offene Kinder- und Jugendarbeit je nach politischer Situation einen unterschiedlichen Stellenwert haben.

Zusammenfassend betrachtet greift die nationale Jugendpolitik drei Grundsätze aus den verschiedenen Argumentationslinien des Partizipationsdiskurses auf: 1. Die Einnahme einer mündigen Staatsbürgerinnen- und bürgerrolle setzt einen Lernprozess voraus, Partizipationsprojekte dienen also der Befähigung zum aktiven Staatsbürger bzw. Staatsbürgerin. 2. Kinder und Jugendliche beteiligen sich nicht selbstmotiviert, sondern sind zur Beteiligung zu aktivieren. 3. Kommunen bzw. der Offenen Jugendarbeit und den Jugendverbänden kommt in der Umsetzung und Förderung von Partizipation eine besondere Bedeutung zu. Die kommunalen Behörden sind die ersten Ansprechpartner für die Anliegen von Kinder und Jugendlichen und übernehmen damit eine vermittelnde Rolle gegenüber der kantonalen Ebene wie gegenüber dem Bund (vgl. u. a. Vollmer 2008).

Partizipative Praxis der Offenen Jugendarbeit aus Sicht von Experten und Expertinnen

Die Analyse des jugendpolitischen Diskurses auf Bundesebene hat gezeigt, dass primär die Kommunen, die Offene Jugendarbeit sowie die Jugendverbände für die Umsetzung der jugendpolitischen Leitlinien verantwort-

lich sind. Der Bund hat weitgehend auf konkrete Vorgaben verzichtet und, wie in der föderalen Kultur der Schweiz üblich, den Kommunen und Kantonen einen grossen Handlungsspielraum in der Ausgestaltung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit eröffnet (vgl. Gutmann/Gerodetti 2013). Daher kann man weder in der Schweiz noch in einzelnen Kantonen von einer einheitlichen Praxis der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ausgehen. Insbesondere die Ressourcenausstattung der Kinder- und Jugendarbeit in den einzelnen Kommunen, aber auch die fachliche Ausrichtung, sind abhängig von den für die Jugendpolitik verantwortlichen politischen Akteuren, Akteurinnen (vgl. Reutlinger 2013).

Im Kontext des EU-Horizon-2020-Projektes "Partispace" standen unter anderem das Selbstverständnis und die Praxis der Offenen Jugendarbeit hinsichtlich Partizipation im Fokus der Untersuchung. So wurden Experten und Expertinnen¹¹ aus verschiedenen Feldern der Jugendarbeit der Stadt Zürich zum Stichwort Partizipation befragt. In den geführten Gesprächen zeigte sich ein weites Bedeutungs- bzw. Erfahrungsspektrum: Mit partizipativer Jugendarbeit verbindet ein Grossteil der befragten Experten und Expertinnen in erster Linie das Arrangieren partizipativer Projekte. Dahinter stehen der eigene Anspruch sowie die Erwartung, dass Jugendliche im Rahmen überschaubarer Aktivitäten Inhalte, Zielsetzung und Organisationsform der Projekte selber bestimmen bzw. miteinander aushandeln und auf diese Weise konkrete Erfahrungen mit Partizipation machen können. Allerdings, so die Überzeugung verschiedener Gesprächspartner, -innen, müssten Jugendliche erst einmal gewisse Fähigkeiten, wie Organisations- und Kommunikationskompetenzen, sowie Verbindlichkeit entwickeln, um selbständig Projekte erfolgreich durchführen zu können (vgl. E1, E9, E14, E15¹²).

Aus Sicht der Jugendarbeit stellt insbesondere die Rekrutierung von Jugendlichen für partizipative Projekte eine erste grosse Herausforderung dar. Damit Jugendliche bereit sind, sich an Projekten im Jugendzentrum oder im Quartier zu beteiligen, bedarf es ständiger Informations- und Motivationsarbeit (vgl. E6, E9, E13). Dies insbesondere, weil das Angebot der Jugendarbeit nur einen kleinen Teil des gesamten Freizeitangebotes in Zürich darstellt und es daher besondere Anstrengungen benötigt, Jugendliche für die jugendarbeiterischen Angebote zu begeistern. Projekte mit Eventcharakter, so die Erfahrung der Experten, Expertinnen, haben im Aufmerksamkeitswettbewerb grössere Chancen als langfristig angelegte Vorhaben. Denn *«Jugendliche wollen nicht erst einen Verein gründen, um aktiv zu werden. Sie wollen einfach machen»* (E13, 357–358), und wenn

«Jugendlichen etwas wirklich Spass macht, setzen sie sich auch dafür ein; da kann die Politik noch recht hilfreich sein, es kann aber auch in anderen Bereichen gut sein» (E7, 306–312). Mit anderen Worten, partizipative Gelegenheitsstrukturen müssen relativ passgenau auf die Zielgruppen zugeschnitten sein, damit Jugendliche für solche Vorhaben gewonnen werden können. Mit ihrer Dienstleistungsorientierung gegenüber Jugendlichen, die im Duktus von Auftraggebern daherkommt, trägt die Jugendarbeit paradoxerweise selbst zur von ihr kritisierten Angebotsfülle in Zürich bei. Sie ist daher wie andere Anbietende gezwungen, auf dem Freizeitmarkt mittels attraktiver Angebote genügend Nutzer, Nutzerinnen für ihre Angebote zu finden. Denn nur so kann sie ihre Arbeit gegenüber den Geldgebern legitimieren.

Unter den Experten und Expertinnen gibt es geteilte Meinungen, wie offen bzw. wie eng diese Gelegenheitsstrukturen und damit die Beteiligungsmöglichkeiten der Jugendlichen ausgestaltet sein sollten. Aber fast alle ExpertInnen teilen die Meinung, dass es für eine partizipative Praxis einer professionellen Anleitung bedarf (vgl. z. B. E2, E13). Eine Expertin formuliert es so:

Partizipation ist ein Zusammenspiel, da ist es nicht sinnvoll, wenn man einfach nur den Jugendlichen sagt, «macht mal irgendwie selber». Ich glaube es braucht ja irgendwo vielleicht noch einen gewissen Rahmen, einen gewissen Input, wo sie sich dann einbringen können und das mitgestalten, nicht selber nur gestalten, sondern mitwirken. Weil das andere finde ich dann irgendwo auch zu bequem, wenn man es ihnen einfach überlässt. (E 17, 732–739)

Demgegenüber finden sich nur vereinzelte Stimmen in diesem Diskurs, die explizit auf die Bedeutung der Selbstinitiative der Jugendlichen verweisen, der die Jugendarbeit mehr Raum geben müsse (vgl. E4, E22). Denn, so die Argumentation, nur auf diese Weise können Jugendliche ihre Handlungsspielräume im Kontext gesellschaftlicher Gegebenheiten erfahren und eine eigene Position in diesen Auseinandersetzungen entwickeln.

Fragt man Experten und Expertinnen nach der Bedeutung partizipativer Praxen für die Offene Jugendarbeit, so wird die Bedeutung in erster Linie in der Schaffung von Freiräumen für die Jugendlichen gesehen. Ihre Forderung nach «Freiräumen» beinhaltet verschiedene Dimensionen. Einerseits bietet der städtische Raum kaum mehr Gestaltungsspielräume für Jugendliche, da viele städtische Orte in Zürich gewissermassen vorgefertigt und für Jugendliche daher nicht mehr attraktiv sind (vgl. E1,

E6, E22). Andererseits zeichnet sich die Ausbildungs- und Arbeitswelt durch einen extrem hohen Leistungs- und Erfolgsdruck aus, so dass Jugendliche an diesen Orten ihre Potentiale, ihre Spontaneität und Kreativität nicht mehr ausleben können und daher kompensatorischer Freiräume bedürfen. Die Offene Jugendarbeit versteht sich somit als Angebot für Jugendliche, die abseits vom Konsumzwang und Ausbildungs- und Arbeitsstress einfach sein dürfen und Aktivitäten oder Projekte initiieren und bearbeiten können, wenn ihnen das sinnvoll erscheint (vgl. E3, E9, E11, E13, E14). Allerdings – so die Feststellung – führt gerade der gestiegene Leistungs- bzw. Erfolgsdruck und die schwindende freie Zeit dazu, dass sich immer mehr Jugendliche aus verbindlicheren Aktivitätsformen zurückziehen. Aus den geführten Interviews wird deutlich, dass mit dem Anspruch, einen alternativen gesellschaftlichen Raum zu eröffnen, auch ein pädagogischer Anspruch verknüpft ist: nämlich in quasi geschützten Räumen die Aktivitäten der Jugendlichen so zu kanalisieren, dass Konflikte mit der Aussenwelt vermieden und die Jugendlichen sozusagen “by the way” lernen, ihre Interessen auf gesellschaftlich konforme Art einzubringen. Dazu nochmals ein Zitat eines Experten:

Wir haben einen Anspruch, dass Jugendliche an der Gesellschaft partizipieren können sollen, mit dem Schlussziel, dass sie zu tragenden Individuen der Gesellschaft werden, dass sie dann als Erwachsene die Gesellschaft aktiv mittragen. Und zwar so, dass es gesellschaftsstützend ist, aber ein Individuum auch ein eigenständiges Leben führen kann. Und auch ein Leben, das erfüllt. Und dafür müssen sie in der Jugend Lernschritte machen oder das Werkzeug und das Knowhow dazu bekommen, wie man das dann machen könnte. Und da gehört dazu, dass man sich mit Erwachsenen austauscht, dass man auch mit Erwachsenen Aktionen macht. Zum Beispiel sich an Quartierfesten beteiligt als Jugendliche. Oder zu Themen, die Jugendliche interessieren oder dafür sorgt, dass Jugendliche mit Entscheidungsträgern in den Austausch kommen, gerade zu Themen, die sie interessieren, für die sie gerade brennen. (...) Wenn wir den Anspruch haben, dass Jugendliche sich beteiligen können an der Gesellschaft, sehen wir es als unsere Aufgabe, Kanäle, Wege und Plattformen zu schaffen, wo das passieren kann. (E2, 99–118)

Aus der Perspektive der Jugendarbeitenden zielt ihr Auftrag letztlich darauf ab, alternative bzw. kompensatorische Räume für Jugendliche herzustellen: erwartungsfreie, unfertige, stressfreie Räume, in denen die Jugendlichen sich sein und ihr kreatives Potential entdecken und entfalten können,

ohne mit anderen städtischen Nutzungsgruppen oder mit den gesetzlichen Regeln in Konflikt zu kommen. Etwas provokant könnte man formulieren, in diesem Verständnis versuche eine sich professionell verstehende Jugendarbeit, sich stark zu machen für pädagogisch hergestellte autonome Räume als Alternative zu den durchorganisierten Lebenswelten, was auch die Jugendlichen zu begrüßen scheinen. Dani Hilfiker, Leiter des Zürcher Jugendkulturhauses Dynamo, meint dazu: «*Die jungen Leute suchen wieder mehr nach autonomen Räumen*» (zit. in Reinhart 2015, S. 11).

Zusammenfassend kann das Selbstverständnis der Jugendarbeit folgendermassen beschrieben werden: Partizipative Praxis bedeutet, Jugendlichen angeleitete Erfahrungen im Umgang mit Machtstrukturen und Machtverhältnissen zu ermöglichen. Dafür arrangiert die Jugendarbeit geeignete (Lern-)Settings, die ein Erproben im Umgang mit Macht erlauben und sich durch eine starke Erlebnisorientierung auszeichnen. In diesen Arrangements übernehmen die Jugendarbeitenden die Rolle von Coaches in der Vermittlung zwischen Jugend- und anderen Welten. Dabei sollen sich die Jugendlichen durch die Erprobung des Umgangs mit Macht sowie mit erfahrbaren Ermächtigungsprozessen und den damit einhergehenden Selbstwirksamkeitserfahrungen zu mündigen, gesellschaftsstützenden Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern entwickeln und lernen, sich in gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu positionieren und sich in die Gesellschaft einzubringen.

Schlussfolgerungen

Auf den ersten Blick wird deutlich, dass es gewisse Übereinstimmungen zwischen den in das Bundesgesetz (KJFG) eingeflossenen Grundannahmen (vgl. Kapitel 2) und dem professionellen Selbstverständnis der Jugendarbeit (vgl. Kapitel 3) gibt. Insbesondere lässt sich diese Übereinstimmung an den folgenden Grundannahmen festmachen: 1. Für die Einlösung des Partizipationsversprechens für Kinder und Jugendliche sind in erster Linie die Kommunen bzw. die Offene Kinder- und Jugendarbeit zuständig. 2. Kinder und Jugendliche sind zur Beteiligung zu aktivieren. 3. Staatsbürgerinnen- und Staatsbürgerschaft muss gezielt gefördert werden.

Wie in Kapitel 3 erläutert wird diese Verantwortung, Kinder und Jugendliche partizipieren zu lassen, in den meisten Kommunen primär an die Offene Kinder- und Jugendarbeit delegiert. Dieser Rahmen wird von den Professionellen im Grundsatz nicht in Frage gestellt. Während einzelne sich explizit mit diesem Auftrag identifizieren, nehmen andere diese Vorgabe einfach hin.

Im Zentrum der Jugendarbeit, so die Experten und Expertinnen, steht die Herausforderung, unterschiedliche Gruppen von Kindern und Jugendlichen immer wieder neu zur Mitarbeit zu aktivieren. So kann man feststellen, dass einige Experten und Expertinnen den beruflichen Erfolg der Jugendlichen an einer gelingenden Aktivierung festmachen. Damit wird die politische Forderung, die Kinder- und Jugendarbeit als Lernfeld für Partizipation zu positionieren, von der Praxis aufgenommen. Im Fokus der Jugendarbeit steht die Aktivierung zur *Teilnahme* – im Sinn des Förderns und Forderns –, um Kinder und Jugendliche zu befähigen, die notwendigen Umgangsformen für politische *Teilhabe* zu erwerben. Der ausser-schulische Bereich scheint – gerade weil er weitgehend für und mit Kindern und Jugendlichen organisiert wird – ein idealer Übungsplatz zu sein, da in der Regel die Folgen dieser Aktivitäten für Erwachsene kaum Auswirkungen haben. Es zeigen sich in den verschiedenen Interviews jedoch auch vereinzelte Positionen, die den Aktivierungsdiskurs kritisch hinterfragen und den Anspruch formulieren, Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten zu eröffnen, selbstorganisiert ihre eigenen Anliegen aufzugreifen und umzusetzen.

Die von der Jugendpolitik formulierte Zielsetzung, notwendige staatsbürgerliche Kompetenzen in diesem spezifischen Lernfeld zu erwerben, scheint kompatibel mit dem professionellen Selbstverständnis zu sein. Allerdings lassen sich in den geäusserten Positionen Nuancierungen erkennen. So wird der angeleitete Umgang mit Machtstrukturen und Machtverhältnissen auf der kommunalen Ebene von einigen als Einsozialisierung in bestehende politische Verhältnisse und von anderen als Ermächtigungsprozess gedeutet. Aufgrund der von Sturzenhecker eingeführten analytischen Unterscheidung zwischen Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform, kann man feststellen, dass das jugendarbeiterische Selbstverständnis in erster Linie auf die demokratische Lebensform verweist, in der es nach Sturzenhecker darum geht, unter «Bedingung von gegenseitiger Anerkennung, Gewaltfreiheit, Kooperation und Solidarität» die sozialen Beziehungen zu gestalten (ebd., S. 328–329). So wird aus den geführten Interviews deutlich, dass Partizipation primär verstanden wird als Angebot von Möglichkeiten der Mitsprache, Mitwirkung und Mitbestimmung in einem pädagogischen Setting. Dies wird mit der Hoffnung verknüpft, dass diese Erfahrungen und Lernprozesse die Jugendlichen befähigen, sich später an der Demokratie als Gesellschafts- und Herrschaftsform zu beteiligen. Auch wenn in den Gesprächen eine kritische Sicht auf die aktuellen Lebensbedingungen der Jugendlichen deutlich zum Vorschein kommt,

ausgedrückt in der Forderung nach mehr Freiräumen, beschränkt sich die Jugendarbeit doch weitgehend auf ihr eigenes Feld. Mit anderen Worten, die Arbeit an Demokratie als Gesellschaftsform, an der Selbstorganisation der Jugendlichen, damit sie ihre eigenen Interessen auch in den Lebensbereichen Ausbildung und Arbeit ausdrücken können, findet praktisch nicht (mehr) statt.

Vielleicht liegt unter anderem auch darin ein Grund, dass Heranwachsende sich für die Spielart der Partizipation, die sich auf *Teilnahme* im Sinn von «blosser Beteiligung» (vgl. Schnurr 2018, S. 634) beschränkt, immer weniger interessieren (vgl. Batseer et al. 2017). Partizipationsangebote verwandeln sich dadurch – vielleicht hinter dem Rücken der Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter – in Dienstleistungsangebote, die vom potentiellen Publikum kaum mehr nachgefragt werden. Im schlimmsten Fall wird aus dem Teilnahmerecht eine Teilnahmepflicht, quasi als Eintrittsgeld, um an den Angeboten der Offenen Jugendarbeit teilhaben zu können.

Möglicherweise hängt das mangelnde Interesse der Jugendlichen an partizipativen Projekten auch damit zusammen, dass die Argumentationslinie des Kinderrechtsdiskurses weder in die Gesetzgebung noch in die Organisation der Jugendarbeit aufgenommen wurde. Eine formalisierte Selbstorganisation von Jugendhäusern und Jugendtreffpunkten scheint unter den professionellen Jugendarbeitenden kaum mehr ein Thema zu sein. Dass, wie Schnurr unterstellt, ein Mehr an Teilnahme notwendigerweise mit erweiterter Teilhabe zu verknüpfen ist, wenn man «von demokratischer Partizipation (...) im Allgemeinen spricht» (2018, S. 634), scheint im Kontext der Offenen Kinder- und Jugendarbeit nicht (mehr) wirklich präsent zu sein. Der Verdacht taucht auf, dass Partizipation – als delegierter politischer Auftrag – vielmehr dazu dient, in die bestehende demokratische Verfahrensordnung einzuführen und damit einen Beitrag zur Legitimation der bestehenden staatlichen Ordnung zu leisten. Trifft diese Analyse zu, dann müsste sich die professionalisierte Jugendarbeit mit der politischen Delegation des Partizipationsauftrages kritisch auseinandersetzen. Statt diesen als Dienstleistungsangebot auszuführen, gälte es, gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen Teilnahme- und Teilhabechancen in allen Lebensbereichen neu auszuloten und die Heranwachsenden darin zu unterstützen. Mit den Worten von Sturzenhecker ausgedrückt, müsste es also darum gehen, Demokratiebildung als Zusammenspiel der Arbeit an Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensformen zu verstehen.

Literatur

- Batsleer, Janet, Ehrensperger, Kathrin, Lüküslü, Demet, Osmanoğlu, Berir, Pais, Alexandre, Reutlinger Christian, Roth, Patricia, Wigger, Annegret & Dominic Zimmermann (2017). *Youth participation through local case studies: Claiming spaces and struggling for recognition*. Partispace. Grant Agreement number 649416, H2020-YOUNG-SOCIETY-2014, Online: <http://partispace.eu/partispace-second-public-report/> (17.02.2018).
- Betzler, Monika (2011). Erziehung zur Autonomie als Elternpflicht. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 59 (6), S. 937–953.
- Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) (Hrsg.) (o. J.). *Welche Stellen befassen sich mit Kinder- und Jugendfragen?* Online: http://www.bsv.admin.ch/themen/kinder_jugend_alter/00065/01091/index.html?lang=de (14.07.2015).
- Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) (Hrsg.) (2014). *Faktenblatt «Kinder- und Jugendpolitik in der Schweiz»*. Stand: Mai 2014. Online: http://www.bsv.admin.ch/themen/kinder_jugend_alter/00065/index.html?lang=de&download=N-HzLpZeg7t,lnp6I0NTU042l2Z6lnlacy4Zn4Z2qZpnO2Yuq2Z6gpJCDeoF3hGym162epYbg2c_JjKbNoKSn6A- (14.07.2015).
- Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) (Hrsg.) (2008). *Schweizerische Kinder- und Jugendpolitik: Ausgestaltung, Probleme und Lösungsansätze. Expertenberichte in Erfüllung des Postulates Janiak (00.3469) vom 27. September 2000*. Bern: BSV.
- Bundeskanzlei BK, Sektion Elektronischer Behördenverkehr Web BK (Hrsg.) (2011). *E-Demokratie und E-Partizipation. Bericht an den Bundesrat*. Bern: BK.
- Bundesrat (Hrsg.) (2008). *Strategie für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik. Bericht des Bundesrats in Erfüllung der Postulate Janiak (00.3469) vom 27. September 2000, Wyss (00.3400) vom 23. Juni 2000 und Wyss (01.3350) vom 21. Juni 2001*. Bern: Bundesrat.
- Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (2011). *Bundesgesetz über die Förderung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen: Kinder- und Jugendförderungsgesetz, KJFG*. Online: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20092618/index.html> (29.06.2017).
- Burdewick, Ingrid (2003). *Jugend – Politik – Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Eurobarometer (Hrsg.) (2013). *European Youth: Participation in Democratic Life*. Brussels: European Commission.
- Gutmann, Renate & Gerodetti, Julia (2013). Offene Jugendarbeit in der Schweiz – Forschung und Entwicklung. Ein systematischer Überblick. In: Piller, Edith Maud & Stefan Schnurr (Hrsg.), *Kinder- und Jugendhilfe in der Schweiz. Forschung und Diskurse*. Wiesbaden: Springer VS, S. 269–298.
- Hänny, Reto (1981). *Zürich, Anfang September*. Edition Suhrkamp, 1079. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lüscher, Kurt (2008). Kinder- und Jugendpolitik im Kontext von Generationenpolitik. In: Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) (Hrsg.), *Schweizerische Kinder- und Jugendpolitik: Ausgestaltung, Probleme und Lösungsansätze. Expertenberichte in Erfüllung des Postulates Janiak (00.3469) vom 27. September 2000*. Bern: BSV, S. 9–28.
- Netzwerk Kinderrechte (Hrsg.) (2014). *Zweiter und dritter NGO-Bericht an den Ausschuss für die Rechte des Kindes*. Zofingen: Netzwerk Kinderrechte.
- Reichenbach, Roland (2016). Partizipieren und Partizipation ertragen. In: Mörgen, Rebecca; Rieker, Peter & Anna Schnitzer (Hrsg.), *Partizipation von Kindern und Jugendlichen in vergleichender Perspektive. Bedingungen – Möglichkeiten – Grenzen*. Weinheim und München: Juventa, S. 217–237.
- Reinhart, A. (2015). Dynamo: Das «Jugi» zeigt seine erwachsene Seite. In: Stadt Zürich

- Sozialdepartement (Hrsg.), *SD Magazin*, Nr. 42/August 2015. gefunden am 21. September 2015, auf https://www.stadt-zuerich.ch/sd/de/index/ueber_das_departement/publikationen/sdmagazin/sd_magazin_nr_42_august2015.html.
- Reutlinger, Christian (2013). Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz: empirische Vergewisserung und theoretisch-konzeptionelle Skizze eines Gestaltungsfensters. In: Sven Huber & Rieker, Peter (Hrsg.), *Offene Kinder- und Jugendarbeit in der Schweiz. Theoretische Perspektiven – Jugendpolitische Herausforderungen – Empirische Befunde*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 14–43.
- Reutlinger, Christian (2005). Unsichtbare Jugend und verdeckte Engagementstrukturen. Neue Trends in der europäischen Jugendarbeit. In: Österreichisches Institut für Jugendforschung (Hrsg.), *«Die Jugend ist die Zukunft Europas – aber bitte noch nicht jetzt!» Möglichkeiten der Integration und Partizipation von Jugendlichen in Europa*. Wien: Österreichisches Institut für Jugendforschung, S. 155–172.
- Reutlinger, Christian, Wigger, Annegret, Zimmermann, Dominic, Roth, Patricia & Julia Reiner (2015). *PARTISPACE – Workpackage 2. Swiss Country Report*. St.Gallen: o.V.
- Rieker, Peter, Mörgen, Rebecca & Anna Schnitzer (2016a). Partizipation von Kindern und Jugendlichen in vergleichender Perspektive – eine Einleitung, In: Mörgen, Rebecca, Rieker, Peter & Anna Schnitzer (Hrsg.), *Partizipation von Kindern und Jugendlichen in vergleichender Perspektive. Bedingungen – Möglichkeiten – Grenzen*. Weinheim und München: Juventa, S. 7–14.
- Rieker, Peter, Mörgen, Rebecca, Schnitzer, Anna & Holger Stroezel (Hrsg.) (2016b). *Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Formen, Bedingungen sowie Möglichkeiten der Mitwirkung und Mitbestimmung in der Schweiz*. Wiesbaden: Springer VS.
- Scherr, Albert (2013). Subjektorientierte Offene Kinder- und Jugendarbeit In: Deinet, Ulrich & Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.), *Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit*, 4. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 297–310.
- Schnurr, Stefan (2018). Stichwort: Partizipation. In: Gunther Grasshoff; Anna Renker & Wolfgang Schröer (Hrsg.), *Soziale Arbeit. Eine elementare Einführung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 631–648.
- Schnurr, Stefan (2014). *Das Verständnis von Jugendhilfe – Jugendarbeit – Jugendförderung: eine Einordnung*. Präsentation im Rahmen der Fachtagung Jugendförderung: Wer, Wie, Wo, Was – und Warum überhaupt? Einblicke in die Umsetzung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes. Eine Veranstaltung der Zürcher Gemeinschaftszentren, GZ Heuried in Zusammenarbeit mit: Hochschule für Soziale Arbeit FHNW; ZHAW Soziale Arbeit; Dachverband Offene Jugendarbeit; Infoklick; okaj Zürich – Kantonale Kinder- und Jugendförderung; Contact Jugendförderung Bezirk Affoltern; Reformierte Kirche Zürich – Fachstelle Kirche und Jugend, 24. Oktober 2014. Zürich.
- Schnurr, Stefan (2001). Partizipation. In: Otto, Hans-Uwe & Thiersch, Hans (Hrsg.), *Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik*. Neuwied: Luchterhand, S. 1330–1345.
- Schwanenflügel, Larissa von (2015). *Partizipationsbiographien Jugendlicher. Zur subjektiven Bedeutung von Partizipation im Kontext sozialer Ungleichheit*. Wiesbaden: Springer VS.
- Sturzenhecker, Benedikt (2013a). Demokratiebildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: Deinet, Ulrich & Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.), *Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit*, 4. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 325–338.
- Sturzenhecker, Benedikt (2013b). Politische Bildung konkret. In: Deinet, Ulrich & Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.), *Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit*,

4. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 439-444.
- Vollmer, Thomas (2008). Partizipation von Kindern und Jugendlichen. In: Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) (Hrsg.), *Schweizerische Kinder- und Jugendpolitik: Ausgestaltung, Probleme und Lösungsansätze. Expertenberichte in Erfüllung des Postulates Janiak (00.3469) vom 27. September 2000*. Bern: BSV, S. 119-148.
- Wigger, Annegret & Nikolina Stanic (2012). *Kinder wirken mit. Ein Handbuch zur Unterstützung der Mitwirkungspraxis in der ausserfamiliären Betreuung*. Bern: Stämpfli Verlag.
- Wodak, Ruth & Michael Meyer (Hrsg.) (2001). *Methods of Critical Discourse Analysis*. London u. a.: Sage Publications.
- Zermatten, Jean (2011). Das Recht auf Gehör und Partizipation als Grundsatz: Eine neue demokratische Dynamik! In: Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) (Hrsg.), *Kindern zuhören. Das Recht auf Meinungsäusserung und Anhörung*. Bern: EKKJ, S. 11-18.

Anmerkungen

- 1 Dieses Zitat stammt aus einem Experten- und Experteninterview, welches im Rahmen des "Partispace"-Projekts durchgeführt wurde. Das Projekt geht von der Annahme aus, dass sich alle jungen Menschen beteiligen, wobei allerdings nicht jede Form von Beteiligung den gängigen Auffassungen von Partizipation entspricht und dementsprechend auch nicht immer als solche erkannt wird. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich das Projekt "Partispace" nicht mit der Frage, ob und in welchem Ausmass junge Menschen partizipieren, sondern wie und wo sich junge Menschen aus unterschiedlichen sozialen Milieus und Jugendszenen in Entscheidungen einbringen, die sie und ihr Umfeld betreffen. Zur Verfolgung dieses Forschungsinteresses ist das "Partispace"-Projekt so offen wie möglich und auf Basis eines multimethodischen Ansatzes angelegt. Kern des Projekts bilden lokale Fallstudien in acht europäischen Grossstädten. Neben der Stadt Zürich zählen hierzu Bologna (IT), Frankfurt (DE), Göteborg (SE), Eskisehir (TK), Manchester (UK), Plovdiv (BG) und Rennes (F). Neben lokalen Partizipationsmustern zählen auch Partizipationsbiografien von Jugendlichen sowie die jeweiligen nationalen politischen Kontexte der beteiligten Länder zum Erkenntnisinteresse des "Partispace"-Projekts. An der Projektumsetzung sind insgesamt zehn Hochschulen beteiligt. Die Projektkoordination erfolgt durch die Goethe-Universität Frankfurt. Die Fallstudie in der Stadt Zürich wird von der FHS St. Gallen, Kompetenzzentrum Soziale Räume, Institut für Soziale Arbeit durchgeführt. "Partispace" wird durch das EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 und in der Schweiz durch das Staatssekretariat für Forschung, Bildung und Innovation (SBFI) finanziert und läuft von Mai 2015 bis April 2018. Für weiterführende Informationen zum Projekt siehe auch www.partispace.eu. "This project has received funding from the European Union's Horizon 2020 research and innovation programme under grant agreement No 649416." (vgl. Reutlinger et al. 2015)
- 2 Ein Postulat ist in der Schweiz ein parlamentarischer Vorstoss auf Gemeinde-, kantonaler oder eidgenössischer Ebene, der von der jeweiligen Exe-

- 3 Postulat C. Janiak (00.3469) vom 27. September 2000 «Rahmengesetz für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik».
- 4 Postulat U. Wyss (00.3400) vom 23. Juni 2000 «Bessere politische Beteiligung von Jugendlichen» sowie Postulat U. Wyss (01.3350) vom 21. Juni 2001 «Antragsrecht für die eidgenössische Jugendsession».
- 5 Im nachfolgenden Text steht der Begriff «Jugendarbeit» sowohl für die Offene Jugendarbeit als auch für die verbandliche Jugendarbeit.
- 6 Weiterführend zur Kritischen Diskursanalyse siehe z. B. Wodak/Meyer 2001.
- 7 Beim «Netzwerk Kinderrechte» handelt es sich um einen Verein, der aus dem Zusammenschluss mehrerer Nichtregierungsorganisationen hervorging, welche sich für die Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention in der Schweiz einsetzten. Nach der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention im Jahr 1997 koordinierte das «Netzwerk Kinderrechte» den ersten NGO-Bericht an den UN-Kinderrechtsausschuss.
- 8 Die konkrete methodische Vorgehensweise orientierte sich an den Vorgaben, die im Rahmen des «Partispace»-Projekts entwickelt wurden (vgl. Reutlinger et al. 2015).
- 9 Die Begrenzung auf den ausserschulischen Bereich hängt mit der politischen Entscheidung zusammen, auf Bundesebene kein eigenes integrales Kinder- und Jugendgesetz, das alle Lebensbereiche beinhaltet, zu schaffen.
- 10 Bis zur Gesetzesrevision wurde nur von Jugendförderung, danach von Kinder- und Jugendförderung gesprochen.
- 11 Im Rahmen der Fallstudie Zürich wurden insgesamt 22 Experten- und Expertinneninterviews, darunter mit 11 Personen, die in unterschiedlichen Funktionen im Feld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, durchgeführt. Ein Fragebereich zielte auf ihre persönlichen Vorstellungen und Einschätzungen zu (Jugend-)Partizipation sowie zu den Herausforderungen und Rahmenbedingungen partizipatorischer Jugendarbeit in der Stadt Zürich.
- 12 E-X bezieht sich auf das jeweilige Expertinnen und Experten-Interview, welches im Rahmen der Fallstudie durchgeführt wurde, die Ziffer bezeichnet die jeweilige Zeilennummer im durchgeführten Interview.